

könne und bittet darum, unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ noch einige Ausführungen zum Sportkonzept machen zu dürfen.

Frau Siebke fragt nach einer ungefähren Zeitangabe, wann dem Ausschuss das Kulturentwicklungskonzept vorgelegt werden könnte.

Frau Kunth verweist darauf, dass dies von der Genesung von Herrn Brack abhängig sei. Da vor der Einbringung in den Ausschuss die Arbeitsgruppe tätig werden soll, geht sie davon aus, dass dies erst nach der Sommerpause erfolgen wird.

Frau Siebke erkundigt sich, ob Herr Dr. Stiller damit einverstanden ist. Er bittet daraufhin um die Aufnahme ins Protokoll.

Frau Siebke fragt nach weiteren Anmerkungen und bittet um die Bestätigung der abgeänderten Tagesordnung (TOP 4.1 und 7).

zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 22.01.2013

Frau Siebke erklärt, dass ihr und dem Dezernat keine schriftlichen Änderungen zum Protokoll vom 22.01.2013 vorliegen.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 4 Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 Vorlage: 013/2013

Frau Siebke übergibt das Wort an Frau Wellmer, Amtsleiterin Kämmerei und Kreiskasse.

Die Kasse und Kämmerei haben eine Präsentation zur Vorstellung des Haushaltes vorbereitet. Anhand dieser möchte Frau Wellmer den Haushalt vorstellen. Im Anschluss wird das Fachamt weitere Auskünfte erteilen.

Da die Technik nicht funktioniert, wird Frau Wellmer durch die Ausschussvorsitzende, Frau Siebke, gebeten, Ihre Ausführungen zu beginnen. Die Präsentation wird dem Protokoll angefügt (Anlage zu TOP 4).

Sie stellt fest, dass in dem Zuständigkeitsbereich des Ausschusses „Bildung Kultur und Sport“ in Gänze eine Belastung für den Kreishaushalt i. H. v. 19,4 Mio. € vorliegt.

Frau Kunth, Amtsleiterin Amt Bildung, Kultur und Sport, führt aus, dass die Wünsche/Forderungen des Amtes bei der Erstellung der Haushaltsplanung erfüllt wurden, vor allem im freiwilligen Bereich. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass seit August 2012 die Schülerförderung aufgrund des Bildungs- und Teilhabepaketes durch das Amt selbst finanziert werden müsse. Aufgrund des Akquirierens von Fördermitteln konnte der Haushalt jedoch entlastet werden. Weitere Fördermittel konnten für die Neuanschaffung von IT-Leistungen für Leistungs- und Begabtenklassen in den Gymnasien in Eisenhüttenstadt und Erkner bereitgestellt werden. Zusätzliche Fördermittelakquisitionen seien avisiert, damit man auch hier eine Entlastung des Kreishaushaltes erreicht.

Frau Siebke dankt Frau Wellmer und Frau Kunth für ihre Ausführungen und gibt das Wort an alle Ausschussmitglieder zur Diskussion frei.

Herr Dr. Stiller weist auf eine Kreistagsanfrage hin, welche auf eine Erhöhung der finanziellen Mittel für die Sportförderung abziele.

Frau Wellmer gibt zu bedenken, dass die Gemeinden selbst in ihre Sportstätten investieren müssten.

Herr Rothe betont, dass nicht nur der Landkreis leisten könne, auch die Gemeinden müssten finanzielle Mittel zur Erneuerung der Sportstätten bereitstellen. Die im Haushalt festgelegte Summe sei für die Investitionen in Sportgeräte gedacht. Um bauliche Maßnahmen an Sportstätten durchzuführen, stünden den Gemeinden andere Wege der Finanzierung offen.

Frau Siebke schlägt vor, in der nächsten Ausschusssitzung darüber zu beraten, welche Möglichkeiten anderer Anbieter gibt es, mit denen Sportvereine investive Mittel akquirieren können und welche Rahmenbedingungen/Konditionen es dabei gibt.

Herr Dr. Stiller hat noch eine weitere Nachfrage zur Schulkostenpauschale bei weiterführenden Schulen. Für ihn ist nicht schlüssig, wie die Finanzverwaltung die angegebenen 700 € berechnet hat. Diese seien nun auch in der Presse erschienen. Er bemerkt, dass die Schülerzahlen zurückgegangen seien und sich daher die Kosten erhöht hätten. Er bittet darum, bis zum nächsten Finanzausschuss genaue Schülerzahlen und stattgefundene Auszahlungen für 1997-2012 für die Schulen in Erkner, Storkow, Fürstenwalde, Müllrose und Bad Saarow zu erhalten.

Frau Siebke bedankt sich bei Frau Wellmer für ihre verständlichen Ausführungen, trotz erschwerter Bedingungen, und bittet alle Mitglieder um die Abstimmung zum Haushaltsentwurf.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 4.1 Stand der Finanzierungsvereinbarungen über die weiterführenden Schulen in gemeindlicher Trägerschaft

Frau Siebke behandelt diesen TOP (ehemals TOP 7.1) direkt nach TOP 4.

Frau Kunth informiert, dass für die Schulkostenpauschale der weiterführenden Schulen, welche immer noch in der Trägerschaft der Kommunen sind, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung vorhanden ist. Diese ist 1998 aufgrund des Schulgesetzes erfolgt, inkl. einem Inflationsausgleich.

Ende Januar hatte man sich mit den Schulträgern zusammengesetzt, da es viele unterschiedliche Meinungen dazu gab. Bis Ende Februar lag dann der Entwurf der neuen Vereinbarung vor. Als Durchschnittswert wurden die von gut ausgelasteten Schulen zu Grunde gelegt (ca. 700 €). Dieser Vorschlag, für 4 Jahre befristet, erging an alle kreisangehörigen Schulträger zur Kenntnisnahme mit der Bitte um Stellungnahme. Frau Kunth informiert, dass bis jetzt nur eine Rückmeldung vom Amt Schlaubetal, jedoch ohne Angabe von genauen Problemen, vorliege. Weiterhin wurde darum gebeten, bis zum 08.05.13 in der Stadtverordnetenversammlung bzw. in den Amtsausschüssen den entsprechenden Beschluss herbeizuführen, um hier im Fachausschuss (21.05.2013) und dann im Kreistag vor der Sommerpause darüber zu entscheiden.

Herr Dr. Stiller bittet um die Angabe der genauen Kosten für die 5 Schulstandorte über Schülerzahlen etc. und reicht dazu eine vorbereitete Liste mit der Bitte, diese zum besseren Verständnis bis spät. zum Kreistag ausgefüllt zurückzusenden.

Herr Umbreit berichtet, dass er mit dem Bürgermeister der Stadt Müllrose und Abgeordneten der Stadtverwaltung Fürstenwalde über dieses Thema gesprochen habe. In Fürstenwalde besteht das Problem, dass die angegebenen 723 € nicht ausreichen und somit nur die Alternative besteht, die Schulen abzugeben. Einziges Problem ist, dass aufgrund der Schülerzahlen Schulen geschlossen werden müssten.

Frau Siebke informiert, dass Eisenhüttenstadt die Kosten für die Schulen durch die Gelder des Landkreises nicht decken konnte. Aus diesem Grund wurden die Schulen an den Landkreis abgegeben.

Bei anderen Kommunen ist es nun ebenfalls zu dieser Situation gekommen. Die Differenz zwischen den Erträgen und Aufwendungen wird immer größer.

Frau Siebke stellt fest, dass eine Beschlussfassung eine Mehrbelastung für den Kreishaushalt i. H. v. 400.000 € bedeute und fragt nach, was die Übernahme der Schulen durch den Landkreis für Auswirkungen hat sowie welche Erfahrungswerte in Beeskow vorlägen.

Frau Kunth weist darauf hin, dass in Beeskow relativ große Schulgebäude (2) vorhanden sind, jedoch mit geringen Schülerzahlen. Bei der Berechnung der neuen Schulkostenpauschale wurden gut ausgelastete Schulen als Grundlage genommen.

Sollte der Landkreis die Trägerschaft von Schulen übernehmen, würde dies zunächst teurer sein. Da der Kreis dann jedoch selbst zuständig ist, kann er organisatorisch und schulentwicklungsplanerisch agieren und somit in den Folgejahren kostengünstiger sein.

Frau Wellmer gibt zu bedenken, dass die Pauschale rückwirkend an die Kommunen gezahlt würde, eine Anhebung der Kreisumlage jedoch nicht erfolgt. Eine Erhöhung der Kreisumlage würde alle Gemeinden betreffen und nicht nur die 5 genannten. Man muss zusehen, dass die Schulen ausgelastet sind und wirtschaftlich arbeiten. Diese Aufgabe kann nur durch die Kommunen übernommen werden. Des Weiteren bittet sie zu beachten, dass in den vergangenen Jahren der Durchschnittswert aller Schulen genommen wurde, teure wie auch günstigere. Dabei sind alle Schulen gut bei weggekommen und niemand hat sich beschwert. Weitere finanzielle Unterstützung erhalten die Schulträger vom Land in Form eines Schullastenausgleichs.

Herr Umbreit fragt nach, ob alle Schüler, auch kreisfremde, mit in der Berechnung berücksichtigt wurden.

Frau Kunth führt aus, dass alle Schüler, die im Landkreis wohnen, berücksichtigt wurden. Bei kreisfremden Schülern hat der Schulträger die Möglichkeit, sich die Kosten von der entsprechenden Gemeinde zurückerstatten zu lassen.

Herr Umbreit fragt nach den Möglichkeiten, sollte die Pauschale nicht beschlossen werden.

Frau Kunth gibt dazu an, dass mehrere Optionen offen stehen. Zum einen könnte die alte Pauschale weiterlaufen, zum Anderen könnte die Vereinbarung gekündigt und die Schulen an den Landkreis angetragen werden. Dies bedarf jedoch der Zustimmung des Kreistages.

Sagt der Kreistag nein, trägt der Landkreis die Kosten. Sollte er zustimmen, so hat der Landkreis die Schulen in seiner Trägerschaft.

Frau Kunth bemerkt, dass die von Herrn Dr. Stiller verlangten Daten bereits ab 1997 nicht zu erbringen sein werden. Diese Angaben befinden sich alle verstreut im Archiv.

Herr Dr. Stiller gibt zu Protokoll, dass er mit den Angaben ab einem späteren Zeitpunkt einverstanden ist.

Frau Kunth sichert zu, die gewünschten Daten ab dem frühest möglichen Zeitpunkt zusammen zu tragen.

Frau Siebke dankt für die Ausführungen und schließt den TOP.

zur Kenntnis genommen

**Zu TOP 5 Auflösung der Käte-Agerth-Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt "Lernen" in Beeskow zum 31.07.2013
Vorlage: 012/2013**

Frau Kunth bittet vorab um kleine Korrekturen in der Sachdarstellung der Beschlussvorlage:

1. im 3. und 4. Absatz muss es „Albert-Schweitzer-Oberschule Beeskow“ heißen sowie
2. auf der 2. Seite, vorletzter Absatz, 1. Zeile „...werden die Schüler an der Fontane-Grundschule unterrichtet.“

Frau Kunth führt aus, dass die Gründe für die Auflösung der Käte-Agerth-Schule bereits des Öfteren in den Sitzungen dieses Ausschusses besprochen wurden und somit keine erneute Benennung notwendig sei.

Herr Boywitt und Frau Gliese als Schulleiter, sowie Herr Begbie als Elternvertreter und Herr Kranz als Leiter des staatlichen Schulamtes sind ebenfalls zugegen, um Einzelheiten vorzutragen.

Sie übergibt das Wort an Frau Gliese, kommissarische Leiterin der Käte-Agerth-Schule.

Frau Gliese stellt fest, dass aufgrund der fehlenden Brandschutztüren die Schule geschlossen werden muss.

Nach langen Diskussionen und in enger Zusammenarbeit hat man nun eine gute Lösung gefunden, die Schüler unterrichten zu können (40 Schüler in der Sekundarstufe, 7 Schüler in der Primarstufe und 10 Schüler der 6 Klasse, die eigentlich zur Grundschule gehören). Es wurde ein Maßnahmenkatalog erarbeitet, so dass man Oberschüler und Förderschüler zusammen beschulen könne.

Nach Aussage des staatlichen Schulamtes werden nach jetzigem Stand alle Lehrer am neuen Schulstandort in Beeskow weiter tätig sein. Da sich die Oberschule ebenfalls in Beeskow befindet, müsse kein Schüler auf einen anderen Standort ausweichen, wie z.B. Fürstenwalde.

Frau Gliese führt aus, dass die Voraussetzungen zum neuen Schuljahr im August 2013 vielversprechend seien und hofft auf ein gutes Gelingen.

Herr Boywitt, kommissarischer Schulleiter an der Albert-Schweitzer-Oberschule, gibt an, dass er mit der Lösungsfindung zu diesem Problem vom staatlichen Schulamt betraut wurde. Im Vorfeld wurden die Bedingungen abgesteckt, welche bei der Zusammenlegung der Förder- und Oberschule zu beachten seien. Wichtig dabei war, dass nicht nach dem Geld geschaut wurde, sondern festgestellt wurde, welcher Bedarf vorliege. Jeder (Eltern, Schüler und Lehrer) wurde in diesen Prozess mit einbezogen, um eine gemeinsame Lösung zu finden. Dies sei ein schwieriger Weg gewesen. Dabei gilt sein Dank vor allem den Eltern, die viel für den reibungslosen Ablauf getan haben. Des Weiteren wurde Aufklärungsarbeit geleistet und eine enge Zusammenarbeit mit der Presse sei erfolgt.

Die Schule befindet sich auf dem Weg, Inklusion erlebbar zu machen. Natürlich wird es eine Übergangsphase geben, in der man gemeinsam am Schulabschluss an der Oberschule arbeitet. Die Nutzung der Räume ist geklärt, die Schülerzahlen sind gestiegen und entsprechende Lehrerstellen stehen auch zur Verfügung.

Weiter informiert Herr Boywitt, dass die Brandschutztüren einer Investition bedürfen. Er gibt zu Protokoll, dass die Anmeldungen um 40 % angestiegen sind, was auf die gute Arbeit in der Schule sowie auf die positive Mundpropaganda zurückzuführen ist.

Herr Kranz, Leiter des staatlichen Schulamtes in Frankfurt (Oder) bedankt sich für die Ausführungen von Frau Gliese und Herrn Boywitt und für die gute Zusammenarbeit. Er gibt an, dass die Finanzierung im Rahmen der Vorgaben des Landes Brandenburgs erfolgt sei und Lehrkräfte mit der Fachausbildung in der Region verbleiben können.

Vor allem ist ihm die Begleitung der Kinder sehr wichtig, denn auch bei ihnen liegen Ängste vor. Hier muss die Sensibilität gestärkt werden, um bei Problemen rechtzeitig eingreifen zu können.

Herr Umbreit befürwortet diese positive Lösung und bittet um die Begleitung des Prozesses durch den Ausschuss. Er schlägt vor, während einer Ausschusssitzung im Herbst 2013 die Schule zu besuchen.

Frau Siebke gibt zu verstehen, dass manche Prozesse Zeit brauchen, um ein positives Ergebnis zu erzielen und dankt allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit. Grundsätzlich befürwortete sie den Besuch in der Albert-Schweitzer-Oberschule, bittet aber darum, den Termin noch nicht festzulegen.

Frau Siebke erkundigt sich nach weiteren Wortmeldungen und bittet die Mitglieder um die Abstimmung.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 6 Namensgebung des Oberstufenzentrums Vorlage: 011/2013

Frau Kunth führt aus, dass die Schulkonferenz vorschlägt, den Oberstufenzentren den Namen „Oberstufenzentrum Oder-Spree“ zu verleihen. Bei beiden soll im Beinamen jedoch der Standort, „Standort Palmnicken Fürstenwalde“ und „Standort Gottfried-Wilhelm-Leibnitz Eisenhüttenstadt“, aufgeführt sein.

Die Namensgebung soll zum neuen Schuljahr im August erfolgen und auch bei Präsentationen im Internet berücksichtigt werden.

Frau Siebke bittet um die Abstimmung und schließt den TOP.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 7 Sonstiges - Stand der Bearbeitung vom Sportkonzept

Frau Siebke übergibt das Wort an Frau Kunth.

Frau Kunth führt aus, dass in der letzten Sitzung bereits über die Erwähnung bestimmter Sportveranstaltungen bzw. erfolgreicher Sportler diskutiert wurde. Daraufhin hat man sich mit dem Kreissportbund in Verbindung gesetzt. Dieser sprach sich gegen eine Benennung aus. Es sei schwierig, eine Festlegung zu treffen:

- In welchem Jahr fängt man an? (1970 / 1980...)
- Wer ist ein erfolgreicher Sportler?
- Welche Sportarten sollen dabei berücksichtigt werden, welche lässt man aus?
- Welche Veranstaltungen sollen erwähnt werden (mit langer oder kurzer Tradition)?

Aus diesem Grund ist man überein gekommen, auf die Benennungen zu verzichten und nur über die materiellen Voraussetzungen zu berichten. Ziel dieses Konzeptes sei es, die Bürger/innen für den Sport zu interessieren.

Frau Kunth weist darauf hin, dass ab Ende März 2013 das Endkonzept elektronisch zur Verfügung gestellt würde.

Herr Umbreit fragt nach dem Bearbeitungsstand der Satzung zur Nutzung kreiseigener Einrichtungen und bittet um Information, ob diese noch in der laufenden Legislaturperiode erfolgt.

Frau Kunth gibt an, dass man sich zu diesem Thema ausführlich im Ausschuss unterhalten habe. Im August 2012 hat der Landrat alle Fraktionen des Kreistages um eine Positionierung gebeten, ob Sportstätten und Unterrichtsräume an Dritte vermietet werden sollen. Im September 2012 wollte man sich im Ausschuss darüber weiter beraten, unter Beachtung der Rückmeldungen. Nach Information des Landrates hat sich keine Fraktion zurück gemeldet . Es erfolgten auch keine Nachfragen.

Aufgrund dieser Interessenlage, sah man keinen Handlungsbedarf seitens der Verwaltung.

Frau Siebke bedankt sich für die heutige Teilnahme und wünscht allen Anwesenden einen angenehmen Heimweg.

zur Kenntnis genommen

gez.

Ingrid Siebke

Vorsitzende des Ausschusses
für Bildung, Kultur und Sport

Corinna Kuhley

Schriftführerin